

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Waizen u. der Bürgermeisterei zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) beauftragte Blatt u. enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, in Bischofswerda. — Postcheck-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: fünf im Haus halbjährlich RM. 1.10 beim Abholen in der Geschäftsstelle monatlich 45 Pf. Wagnersnummer 10 Pf. (Sonnabendnummer 15 Pf.)

Verantwortlicher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Veröffentlichung durch höhere Gewalt hat der Verlag keinen Anspruch auf Wiederherstellung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Die 40 mm breite einpaltige Millimeterzeile 8 Pf. Im Textfeld die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachschlag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 257

Mittwoch, den 3. November 1937

92. Jahrgang

Zwischen den Zeiten

Obwohl sich Herr Eden im englischen Unterhaus als harter Mann, Friedensrichter, Moralprediger und Weltreisender in einer Person produziert, kann dennoch sein Zweifel darüber bestehen, daß die Ideen und machtmächtigen Grundgedanken, auf die sich die gegenwärtige britische Außenpolitik stützen möchte, keineswegs so stabil sind, auch nicht jene unerschütterliche Geltung besitzen, die ihnen Herr Eden zusprechen geneigt ist. Nicht umsonst landete Außenminister Eden seinen Hilarus an das Weiße Haus in Washington, nicht umsonst erklärte er sich zu einer symbolischen Expedition nach Alaska bereit, nicht umsonst beschwor er die Vereinigten Staaten, „sich an allem und jedem Schritt zu beteiligen“. Diese etwas ungewöhnliche Aufforderung, die ja eine kaum verhüllte und mit diplomatischen Bräuchen fast nicht mehr zu vereinbarende Drohung an Japan enthält, ist kennzeichnend nicht nur für die prekäre Lage der „großen Demokratien“ im ostasiatischen Konflikt, sondern auch für die geistige Verfassung, mit der die Hauptmächte des Neunmächtepaktes ihre Arbeit in Brüssel aufnehmen.

Diese Neunmächtekonferenz, die nunmehr in der belgischen Hauptstadt zu tagen begonnen hat, befindet sich in der Tat in einer sehr heißen Bogen. Sie wird charakterisiert dadurch, daß die Wortführer der Weltdemokratie nicht so können, wie sie eigentlich wollen, daß sie noch einmal Grundzüge einer internationalen Politik zur Anwendung bringen möchten, die längst ausserhanden Zeiten angehören und über die die Geschichte bereits ein vernichtendes Urteil gefällt hat. Wir meinen die Politik des imperialistischen und weltmachtstrebigen Eigennutzes, die sich der staatlichen und diplomatischen Handlungsdienste verschert, um ohne Rücksicht auf die Lebensgesetze und Lebensbedürfnisse der Völker den Erdball in die Interessensphären der Herrscher, der artlosen Geldverdiener aufzuteilen. Man weiß auch in den maßgebenden Kreisen der Brüsseler Konferenz um den Wandel der Dinge, aber man hält nach gerne an der Illusion fest, als ob die Verwalter des Weltgoldes zugleich auch die Richter des Weltfriedens sein müßten. Man weiß, wie auch Edens Antwort an Mussolini wegen der deutschen Kolonialforderung bestätigt hat, noch nicht recht zu unterscheiden zwischen Geschäft und Politik, zwischen Eigennut und Recht.

Die Vorgeschichte der Brüsseler Konferenz ist dafür ein Beleg, denn sie ist belastet mit dem Stigma des Genfer Völkerbundes. Die Resolution der Völkerbundsversammlung vom 6. Oktober, auf Grund deren die Einladung zur Konferenz erging, versicherte China bereits ihrer moralischen Unterstützung und empfahl den Mitgliedern der Genfer Liga, sich aller Handlungen zu enthalten, die ihrer Natur nach geeignet sind, die Widerstandskraft Chinas zu schwächen oder seine Schwierigkeiten im gegenwärtigen Konflikt zu vergrößern. Die Völkerbundsversammlung hat außerdem ihre Mitglieder, individuell zu prüfen, in welchem Umfange sie China ihre Hilfe angebotigen lassen können. Die Genfer Mächte haben sich also von vornherein gegen Japan ausgesprochen, sie haben auf Antrag Chinas ihre Haltung einseitig festgelegt, so daß es ihnen leicht in Brüssel schwer fallen dürfte, so etwas wie eine schiedsrichterliche Funktion zu übernehmen. Ein großer postiver Friedensbeitrag in dieser Richtung, der die westpolitischen Spannungen an entscheidender Stelle befeitigt und dem Zusammenleben der Völker ein neues ideales Ziel setzt, ist also von den Brüsseler Verhandlungen nicht zu erwarten. Bleibt nur die sachgemäße Prüfung der chinesischen Anschuldigung, Japan habe den Neunmächtevertrag von 1922, den Briand-Kellogg-Pakt und das Völkerrecht vorsätzlich verletzt. Aber auch in dieser Hinsicht kann man den meisten Konferenzteilnehmern eine starke Voreingenommenheit nicht absprechen. Müßen die Staatsmänner in Brüssel nicht befangen sein, da sich unter ihnen mit ihrem Willen auch ein sowjetrussischer Delegierter befindet, ein Vertreter jener Macht also, die durch Inbesitznahme der Neuen Mongolei und Chinesisch-Turkeistans den Neunmächtepakt bereits verletzte, als Japan noch gar nicht daran dachte, aktiv in China einzugreifen? Zwar war Sowjetrußland an der Unterzeichnung dieses Paktes nicht beteiligt, aber wie kommt man jetzt dazu, den Bock zum Gärtner zu machen, den Bolschewismus ein Urteil über die Unverletzlichkeit Chinas sprechen zu lassen? Mit Recht und in Uebereinstimmung mit den geschichtlichen Tatsachen hat die japanische Regierung wiederholt erklärt, daß Moskau zuerst in China eingegriffen habe und daß Japan nur in Abwehr der kommunistischen Gefahr und infolge der chinesischen Uebergriffe zur militärischen Verteidigung seiner Rechte und Interessen gezwungen sei. Die Nichtbeteiligung Japans an der Brüsseler Konferenz, die unter den geschichtlichen Umständen selbstverständlich zu erwarten war, beschränkt den Aufgabenzirkel der Genfer Wachposten noch mehr, als es es ohnehin schon ist. Größte

Vorsicht und größte Zurückhaltung wird den Staatsmännern in Brüssel zu empfehlen sein, wenn sie aus ihrer militärischen, politischen und moralischen Zwangslage einen ehrenvollen und anständigen Ausweg finden wollen. Denn weder mit Gewalt noch mit den Ideologien des demokratisch-kapitalistischen Zeitalters läßt sich hier eine Lösung erreichen.

Londoner Betrachtungen zur Neunmächtekonferenz

London, 3. November. (Fig. Funkmelbg.) Der Auftakt zur Neunmächtekonferenz beschäftigt die Londoner Morgenblätter in hartem Maße. Die Korrespondenten in Brüssel stellen fest, daß die dort bereits anwesenden Staatsmänner mehrfache Unterhaltungen miteinander gehabt hätten. „Daily Telegraph“ meint, die interessanteste von ihnen sei die zwischen Eden und Davis, dem amerikanischen Vertreter, gewesen. Die Unterbrechung habe über eine Stunde gedauert. „Times“ sagt, man könne die Aussprache Eden-Davis als Auftakt zu einer denkbar engen und freundlichen Zusammenarbeit zwischen Amerika und England auf der Konferenz ansehen. Offizielle Kreise in Brüssel hätten klargemacht, daß der Friede der Konferenz die Erörterung der Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konfliktes sei. Zur praktischen Arbeit auf der Konferenz selbst, meint das Blatt, sei es möglich, daß man später einen kleineren Unterausschuß einsetzen werde. Vernon Barlett schreibt in der „A. M. S. Chronicle“, die Amerikaner legen Nachdruck darauf, daß die Brüsseler Konferenz nicht mit dem Völkerbund und seinem Beratungsausschuß zu tun habe. Wenn alles in Brüssel gut gehen würde, sollte es Eden möglich sein, vor dem Wochenende nach England zurückzukehren und Malcolm MacDonald die Führung der britischen Delegation zu überlassen.

Ward Price meint in der „Daily Mail“, daß schon vor Beginn der Konferenz niemand irgendwelche Hoffnung auf einen praktischen Erfolg habe. Die Bedeutung dieser Sitzung liege jedoch in der Tatsache, daß die amerikanische Regierung vertreten sei. Diese aber werde sehr darauf achten, sich nicht in die fernöstliche Lage verwickeln zu lassen. Ward Price meint, selbst die Chinesen hätten wenig Hoffnung auf einen Erfolg. Von der amerikanischen Delegation wird schließlich gesagt, daß sie keinen Wert darauf lege, eine führende Rolle auf der Konferenz zu übernehmen.

Eden, der europäische Unruhefister Scharfe Äußerungen der italienischen Presse

ROM, 2. November. Die Unterhausrede des englischen Außenministers Eden, die in ganz Italien scharfsten Mißbilligung wird, bildet auch noch das Hauptthema der römischen Abendblätter. Uebereinstimmend werden vor allem Edens bestrennliche Äußerungen zum deutschen Kolonialproblem scharf zurückgewiesen.

Der Direktor des halbamtlichen römischen Blattes „Giornale d'Italia“ erklärt: „Mit seinen Worten stellt sich Eden bewußt in die Reihe der gefährlichen europäischen Unruhefister. Seine verhängnisvolle Gegnerschaft gegen Italien, seine fortgesetzten Manöver gegen den einflussreichen Verbänden gefellen sich zu der hysterie jener englischen Agitatoren, die im September Schauermärchen über diese durchaus normale Handlung Italiens ausgestreut haben.“

Entschliebung im Nichteinmischungsausschuß Die Moskauer Quertreibereien machen wieder Schwierigkeiten — Donnerstag Vollauschuß

BRUXELLES, 2. November. Auf der Dienstagtagung des Hauptunterauschusses des Nichteinmischungsausschusses wurde eine Sitzung erzielt. Der Vollauschuß wird am Donnerstag um 16.00 Uhr nur zusammentreten, um die vom Unterausschuß beschlossene Empfehlung zu behandeln.

Diese Empfehlung des Hauptunterauschusses steht vor: Erstens, daß der Entschliebungsentwurf für die Behandlung der Streitfrage von sämtlichen Mächten angenommen werden solle; zweitens, daß der Vorsitzende des Hauptunterauschusses ermächtigt werden soll, sofort an die spanischen Parteien heranzutreten, um ihre Zustimmung zu dem Entschliebungsentwurf zu erhalten. Er soll dabei die Haltung der einzelnen Staaten zu diesem Entschliebungsentwurf den beiden spanischen Parteien bekanntgeben. In der Zwischenzeit soll der Hauptunterauschuß die konkreten Fragen, die sich aus dem Entschliebungsentwurf zur Behandlung des Freiwilligen-Problems ergeben, weiter fördern.

Ferner soll geprüft werden, welche Folgerungen sich aus der Tatsache ergeben, daß eine Macht, nämlich Sowjetrußland, der Gewährung von Kriegsführendenrechten nicht zustimmt, damit die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden können, um den Entschliebungsentwurf zu verwirklichen. Es ist also ausdrücklich festgelegt worden, daß die Haltung Sowjetrußlands geklärt werden muß, und daß eine Kompensation für eine sowjetrussische Nichtgewährung von Kriegsführendenrechten festgelegt werden muß, bevor der Entschliebungsentwurf endgültig angenommen wird.

Maisky will „den Plan nicht töten“

In der Sitzung, die sich über 3 Stunden erstreckte, fragte zunächst der Vorsitzende Lord Plymouth den sowjetrussischen Botschafter Maisky, ob dieser seinen bisherigen Erklärungen etwas Neues hinzuzufügen habe. Der Sowjetbotschafter hielt darauf eine längere Rede, die praktisch nichts Neues enthielt. Maisky erklärte: Er wolle den britischen Plan nicht dadurch töten, daß er eine ablehnende Stimme abgibt, obwohl gewisse Teile des Planes für Sowjetrußland unannehmbar seien. Er wolle aber, erklärte Maisky großmütig, beiseitretreten und sich in den Punkten, wo seine Regierung anderer Ansicht sei, der Stimme enthalten und den Rest billigen. Es sei möglich, daß seine Regierung sich bereit erklären würde, die Frage der Gewährung von Kriegsführendenrechten zu erwägen, ehe eine hundertprozentige Räumung Spaniens durch die Freiwilligen erfolgt sei. Voraussetzung sei allerdings, daß General Franco (wobei er nicht genannt wurde) die Schwärzung keine Verstärkung mehr erhalte und daß die Einmischung in spanische Angelegenheiten aufhöre (1).

Nach der Rede Maiskys entspann sich eine Aussprache darüber, was eine Stimmenthaltung bedeute; ob sie eine Zustimmung oder eine Ablehnung in sich schließe.

Deutscherseits wurde einwandfrei festgestellt, daß eine Klarstellung der sowjetrussischen Haltung oder eine Kompensation für die Nichtgewährung der Kriegsführendenrechte gegeben werden müsse.

General Franco erwartet baldiges Kriegsende

„Vertikaler Zusammenbruch“ der Bolschewisten bereitet sich vor

BRUXELLES, 2. November. Die in San Sebastian erscheinende Zeitung „La Voz de Espana“ veröffentlicht in ihrer Dienstagnummer eine kurze Unterbrechung ihres Kriegsberichterstatters mit dem spanischen Staatschef Franco.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob das Kriegsende bald zu erwarten sei, erklärte General Franco u. a., daß man natürlich noch nicht genau angeben könne, wann der Krieg beendet sein werde. Jedoch könne man als sicher annehmen, daß dieser Tag viel näher ist, als man annimmt oder glaubt. Der Krieg werde durch den „vertikalen Zusammenbruch der Bolschewisten“, dessen Anzeichen bereits zu erkennen seien, liquidiert werden. Oft täuschlich die äußeren Anzeichen über den geheimen Zerfallsprozess, der meist unbemerkt vor sich gehe. Das sei alles, was er augenblicklich sagen könne.

Franco entläßt 10 000 Mann

Während die spanischen Bolschewisten vor einigen Tagen erst die 16-jährigen als letztes Aufgebot zum Heeresdienst einberufen haben, wird jetzt aus Salamanca gemeldet, daß General Franco die Jahrgangsklasse 1923, die schon seit Beginn des Bürgerkrieges an der Front steht, entläßt. 10 000 Soldaten im Alter von 29 Jahren werden in ihre Heimatorte entsandt. Diese Maßnahme ist auf die restlose Beseitigung des Bolschewismus in Nordspanien zurückzuführen.

BRUXELLES, 2. November. Nach dem Fall von Gijon, womit die ganze nordspanische Küste in die Hände der nationalen Regierung gefallen ist, hat sich nunmehr auch die englische Regierung entschlossen, den Kommandanten des II. Kreuzergeschwaders, Konteradmiral Calvert, und die britischen Flotteneinheiten aus den nordspanischen Gewässern abzurufen.

Nationales Zentralamt für Sicherheit und Ordnung

BRUXELLES, 3. Nov. (Fig. Funkmelbg.) General Franco hat ein Dekret unterzeichnet, durch das ein nationales Zentralamt für Sicherheit, öffentliche Ordnung und Grenzschutz geschaffen wird. Zum Leiter dieses Amtes wurde Martinez Anido ernannt, der bereits während der Diktatur Innenminister war und als Militärgouverneur von Katalonien sich durch einen rücksichtslosen Kampf gegen das Anarchistenunwesen einen Namen machte.